



„U-Ausschuss verkommt zur Volksbelustigung“

Protokolle. Am 2. März startet der ÖVP-U-Ausschuss. Ein neues Buch beinhaltet Ratschläge, wie man sich als Auskunftsperson verhalten soll. Autor Georg Eisenberger fordert eine Reform des U-Ausschusses



IDA METZGER

Interview der Woche

Noch bevor Kanzler Karl Nehammer als erste Auskunftsperson in den ÖVP-U-Ausschuss kommt, gibt es Debatten rund um die Vorsitzführung von Wolfgang Sobotka, die Anlieferung von Dokumenten und neue Leaks.

U-Ausschuss-Experte Georg Eisenberger (*er hat Kathrin Glock im U-Ausschuss begleitet, Anm.*) sieht manche Entwicklung kritisch.

KURIER: Herr Eisenberger, wie kommt man auf die Idee, einen Ratgeber für den U-Ausschuss zu schreiben?

Georg Eisenberger: Beim Ibiza-U-Ausschuss war ich als Vertrauensperson tätig. Vieles, was bei der Befragung passierte, war unglaublich. Man hat als Auskunftsperson kaum Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen. Deswegen hat es mich interessiert, ob die U-Ausschüsse immer so ablaufen. Mein Team und ich haben Hunderte Protokolle ab dem Jahr 2006 studiert. Es war durchaus üblich, hart zu fragen, aber in den letzten Jahren gab es eine brutale Entwicklung.

Inwiefern brutal?

Die teilweise herabwürdigende Art der Befragung von Auskunftspersonen war im Ibiza-Ausschuss besonders augenscheinlich. Man hat selbst beim Lesen der Protokolle noch das Gefühl, es geht bei den Fragen vor allem um die Vermittlung von politischen Botschaften. Und ich nehme hier bewusst keine Partei aus.

Früher war Peter Pilz in den U-Ausschüssen federführend. Wollen Sie sagen, dass

es weniger hart zuzuging?

Peter Pilz, aber zum Beispiel auch Stefan Petzner, haben in den früheren U-Ausschüssen zweifellos sehr hart und teilweise unter der Gürtellinie gefragt. Seit aber 2015 Minderheitenrechte gestärkt wurden, haben U-Ausschüsse eine neue Dimension bekommen. Man hat den Eindruck, dass schon die Beweisforderungen an die Verwaltungsbehörden primär mit Blick auf mögliche Medienberichterstattung erfolgen. Es geht nicht mehr primär um die Wahrheitsfindung, sondern um den politischen Vorteil. Der Verfassungsgerichtshof hat dies mit seiner Judikatur verschärft. Alles muss vorgelegt werden, was abstrakt relevant für den Untersuchungsgegenstand sein könnte. Und das Tempo, mit dem die Unterlagen dann bei den Medien landen, ist atemberaubend. Gleichzeitig gibt es aber keine Möglichkeit betroffener Privatpersonen, sich gegen die Vorlage zu wehren. Es ist insgesamt kafkaesk.

Kafkaesk bedeutet, dass man sich bürokratisch organisierten Mächten ausgeliefert fühlt. Bei der Befragung gibt es einen Verfahrensrichter, der über die Zulässigkeit der Fragen entscheidet. Ist das nicht genug Schutz?

Nein, weil es schon im Vorfeld einen Schutz braucht. Jeder Beschuldigte bei Ermittlungen hat mehr Rechte als eine Person im U-Ausschuss. Nehmen wir an, ein Medium oder ein TV-Sender berichtet positiv über die ÖVP und die Opposition vermutet, dass es hier einen Hintergrund geben muss. Theoretisch kann der U-Ausschuss sämtliche Korrespondenz aus dem Ministerium mit diesem Medium anfordern. Damit werden Pressefreiheit und Redaktionsgeheimnis ausgehebelt. Das Medium oder auch eine betroffene Person kann sich nicht gegen die Datenlieferung wehren. Der Verfassungsgerichtshof sagt, die Datenschutzbehörde ist



Rechtsanwalt Georg Eisenberger durchforstete Protokolle

U-Ausschuss inside

Ratgeber

Das Autorenteam rund um den Grazer Anwalt Georg Eisenberger durchforstete Aussageprotokolle der vergangenen 15 Jahre. Entstanden ist ein Ratgeber, inklusive Protokollen der besten Befragungen im U-Ausschuss.

Das Buch „Richtiges Verhalten vor dem Untersuchungsausschuss“ (Linde-Verlag) kostet 79 Euro



dafür zuständig. Die Datenschutzbehörde wiederum sagt, es geht uns nichts an, denn das ist die Gesetzgebung. Der U-Ausschuss sagt, wir fordern aus den Ministerien an, was wir wollen. Die Ministerien berufen sich auf den Verfassungsgerichtshof, dass sie alles liefern müssen, was abstrakt relevant ist. Die abstrakte Relevanz ist leicht argumentierbar. Außerdem betont jeder, die Abgeordneten dürfen ohnehin keine Dokumente an die Medien weitergeben – was aber laufend passiert. So kann es nicht weitergehen, das ist ein unzumutbarer Zustand für eine Demokratie.

Welche Maßnahmen könnten die Polit-Show minimieren?

Man könnte beispielsweise die Immunität der Abgeordneten, die im U-Ausschuss arbeiten, aufheben. Dann wären sie klagbar, wenn sie Do-

kumente an die Medien weitergeben, die einer hohen Geheimhaltungsstufe unterliegen. Dann wären sie auch klagbar, wenn sie Auskunftspersonen beleidigen. Viel Emotion könnte man auch rausnehmen, wenn, statt den Abgeordneten, von den Parteien ausgesuchte Richter die vorbereiteten Fragen stellen.

Das sind harte Forderungen. Muss man dann nicht auch die derzeitige Vorsitzführung durch Wolfgang Sobotka ablehnen?

Die Befangenheitsregeln sind überall problematisch. Auch in den Strafprozessen sagen zuerst einmal die Strafrichter selbst, ob sie befangen sind oder nicht. Aber gerade im U-Ausschuss muss man sich die Frage stellen, ob nicht generell jedes Ausschussmitglied befangen ist. Denn jeder Abgeordnete verfolgt ein Motiv. So wie der U-Ausschuss jetzt aufgesetzt ist, sehe ich keinen großen Unterschied zwischen einer Befangenheit von Wolfgang Sobotka und beispielsweise von Jan Krainer. Und die Möglichkeiten von Jan Krainer, politische Botschaften bei den Befragungen unterzubringen, sind zweifellos größer als die von Präsident Sobotka.

Sie fordern eine Reform?

Das Recht der U-Ausschüsse muss völlig neu aufgesetzt werden. So wie das jetzt abläuft, verkommt der U-Ausschuss leider zur Volks- und Medienbelustigung. Dabei ist er ein enorm wichtiges Instrument für den Parlamentarismus. Ich halte mich an dem Wort Wahrheitsfindung fest. Kurzfristig gab es ja die Idee, die Wahrheitspflicht abzuschaffen, was völlig falsch wäre. Aber dieser Wahrheitspflicht muss auf der anderen Seite der Wunsch gegenüberstehen, die Wahrheit zu finden, weil sonst ist die Wahrheitspflicht nur ein Mittel zum Zweck, um die Auskunftsperson bei einem Fehler zu ertappen und dann wegen Falsch-aussage anzuzeigen.

Best of: „Lassen Sie John Travolta in Ruhe“

Streifzug durch die besten Zitate

Humoriges. Anwalt Georg Eisenberger hat in seinem Buch auch einige Highlights aus den Protokollen herausgesucht. Hier einige Befragungsschmankerl:

Am 12. März 2019 sagt Alfons Mensdorff-Pouilly vor dem BVT-U-Ausschuss aus. Alma Zadic (damals Liste Pilz) fragt nach einem Strafantrag gegen Tierschützer, die 300 Fasane bei der Gutsverwaltung Mensdorff-Pouilly freigelassen hätten.

Mensdorff-Pouilly: „Bei mir? Ich habe keine Hühnerfarm, das ist die Firma Wolf. Wenn Sie einen Kommentar dazu haben wollen, können Sie den gerne haben. Die sind angefahren weggefahren, weil uns nicht beim Jagen erwischt haben und sind dann in Güssing stehen geblieben und haben bei der Hühnerfarm die Legehendel ausgelassen und haben geglaubt, das sind Fasane. Und das sind Tierschützer!“

Am 12. Jänner 2021 wird Kathrin Glock im Ibiza-U-Ausschuss befragt. Neos-Abgeordneter Helmut Brandstätter befragt Glock zu den Einladungsmodalitäten bei ihren Veranstaltungen.

Brandstätter: Sie haben gesagt, dass man bezahlen musste, wenn man bei Ihren Veranstaltungen teilnehmen wollte, galt das für alle Teilnehmer?

Kathrin Glock: Sie werden mir verzeihen – meine Eltern wurden eingeladen.

Brandstätter: Aber John Travolta hat bezahlt, dass er auftreten durfte?



Kathrin Glock kam in den Ibiza-U-Ausschuss

Glock: Ach bitte. Ist das jetzt wirklich Gegenstand des Untersuchungsausschusses? Also bitte Herr Brandstätter, besinnen Sie sich auf das Wesentliche und lassen Sie mir John Travolta in Ruhe!

Am 7. Oktober 2015 wird Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel von Robert Lugar (Team Stronach) im Hypo-U-Ausschuss befragt. Diese Befragung nervt Schüssel sichtlich, weil Lugar nachbohrt.

Lugar: Herr Schüssel, Sie haben jetzt etwas ganz anderes gesagt.

Schüssel: unterbricht: Für Sie immer noch Dr. Schüssel.

Lugar: Habe ich den Doktor vergessen?

Schüssel: Ja.
Lugar: Entschuldigen Sie, Dr. Schüssel.